

Ansprechpartner und Kontakt

Angaben zum Verantwortlichen

Freie Musik- und Kulturakademie Wildau gemeinnützige GmbH

| | |
|-------------------|--|
| Ansprechpartner | Tino Höch, Geschäftsführer |
| Straße | Karl-Marx-Str. 114 |
| Postleitzahl, Ort | 15745 Wildau |
| Telefon | 03375 / 56 11 15 |
| E-Mail-Adresse | info@mkaw.de |
| Internet-Adresse | www.mkaw.de |

Angaben zur Person des Datenschutzbeauftragten

| | |
|-------------------|--|
| Anrede | Frau |
| Name, Vorname | Seeliger, Raina |
| Straße | Karl-Marx-Str. 114 |
| Postleitzahl, Ort | 15745 Wildau |
| Telefon | 03375 / 56 11 15 |
| E-Mail-Adresse | dsb@mkaw.de |

Informationen zur Datenerhebung und Datenverarbeitung

Zweck der Datenerhebung und -verarbeitung

Die personenbezogenen, den Schüler/die Schülerin oder die Erziehungsberechtigten betreffenden Daten werden zur Erfüllung der zwischen dem Verantwortlichen (MKAW) und der betroffenen Person geschlossenen Vertrages erhoben. Dazu gehören:

- vollständiger Name und Anschrift des Schülers/der Schülerin
- ggfs. vollständiger Name und Anschrift eines Erziehungsberechtigten
- Kontaktdaten (Telefon, Email)
- in Fällen von Gruppenunterricht Informationen über das Alter des Schülers/der Schülerin
- Ausbildungsstand im gewünschten Fach/Kurs
- bei Erteilung einer Einzugsermächtigung (SEPA-Lastschriftmandat): Kontoverbindung

Rechtsgrundlage der Datenerhebung

Art. 6 Abs. 1 b), f) DS-GVO

Empfänger der Daten

a) intern:

Administration, Geschäftsführung

b) extern:

Verwaltungssoftware MSV Plus (Stefan Barton), Vertrag über Auftragsverarbeitung ist an der Administration auf Nachfrage einsehbar

Speicherdauer

Die Daten der betroffenen Personen werden nur so lange gespeichert, wie es zur Erfüllung der Verarbeitungstätigkeit erforderlich ist. Diese Verarbeitungstätigkeit endet i.d.R. mit der Beendigung des zwischen SchülerIn und der MKAW geschlossenen Vertrages, unter Berücksichtigung von den Schüler / der Schülerin betreffenden offenen Posten aus der Finanzbuchhaltung, spätestens jedoch ein Jahr nach dem Ende der Kündigungsfrist des geschlossenen Vertrags.

Rechte des Schülers/der Schülerin und der Erziehungsberechtigten

Recht auf Auskunft und Berichtigung und Löschung

Betroffene Personen erhalten auf Anfrage Auskunft über ihre in der MKAW verarbeiteten personenbezogenen Daten sowie folgende Informationen:

- Zweck der Verarbeitung (s.o.)
- Kategorien der personenbezogenen Daten (s.o.)
- Empfänger der Daten (Administration, Auftragsverarbeiter)
- Speicherdauer
- Recht auf Berichtigung und Löschung
- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde
- Herkunft der Daten (sofern diese nicht direkt beim Beschäftigten erhoben wurden)

Intern zuständig ist die Administration.

Recht auf Einschränkung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn die nachfolgend aufgezählten Voraussetzungen vorliegen:

- Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird vom Betroffenen bestritten und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der Daten zu überprüfen,
- die Verarbeitung ist unrechtmäßig und der Betroffene lehnt die Löschung der Daten ab und verlangt statt dessen eine Einschränkung der Nutzung,
- der Verantwortliche benötigt die personenbezogenen Daten nicht länger für die Zwecke der Verarbeitung, der Betroffene benötigt diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen,
- der Betroffene hat Widerspruch gegen eine auf berechnete Interessen des Verantwortlichen gestützte Verarbeitung eingelegt und es steht noch nicht fest, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen des Beschäftigten überwiegen.

Wurde die Verarbeitung auf Antrag des Betroffenen eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten – mit Ausnahme ihrer Speicherung – nur mit Einwilligung des Betroffenen oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedsstaates verarbeitet werden. Außerdem muss der Verantwortliche die betroffene Person vor Aufhebung der Einschränkung unterrichten (Art. 18 Abs. 3

Recht auf Widerspruch

Der Betroffene kann einer Verarbeitung durch den Verantwortlichen jederzeit widersprechen, wenn die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 e oder f DS-GVO (Aufgabe im öffentlichen Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt, oder zur Wahrung berechtigter Interessen des Verantwortlichen) erfolgt ist. Dies gilt auch auf ein darauf gestütztes Profiling. Eine fortdauernde Verarbeitung durch den Verantwortlichen ist nicht zulässig, außer er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Im Fall der Direktwerbung findet keine Interessenabwägung statt. Ein Widerspruch führt zu einem

Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken führt der Widerspruch ebenfalls zu einem Verarbeitungsstopp, es sei denn, die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe erforderlich (Art. 21 Abs. 6 DS-GVO).

Auf sein Widerspruchsrecht muss der Betroffene spätestens zum Zeitpunkt der ersten Kommunikation ausdrücklich sowie in einem verständlichen und von anderen Informationen getrennter Form

Recht auf Datenübertragbarkeit

Die betroffene Person, die dem Verantwortlichen sie betreffende personenbezogene Daten bereitgestellt hat, hat das Recht, diese Daten – in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Darüber hinaus ist der Betroffene berechtigt, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten ursprünglich bereitgestellt wurden, zu übermitteln. Dies gilt allerdings nur, sofern die Verarbeitung

- auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht und
- mit Hilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Die betroffene Person kann also erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch möglich ist.

Dabei dürfen Rechte und Freiheiten anderer Personen durch die Ausübung nicht beeinträchtigt

Recht, keiner automatisierten Entscheidung unterworfen zu werden

Der Betroffene hat das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihm gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder ihn in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dabei hat der Betroffene insbesondere das Recht auf Eingreifen einer Person seitens des Verantwortlichen, auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auch Anfechtung der Entscheidung. Das Recht, nicht eine ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, gilt nicht, wenn die Entscheidung

- für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrages zwischen der betroffenen Person und dem Verantwortlichen erforderlich ist
- aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedsstaaten denen der Verantwortliche unterliegt, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung der Rechte und Freiheiten sowie der berechtigten Interessen der betroffenen Person enthalten oder

Gesetzlich vorgeschriebene Bereitstellung der Daten, Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Die durch den Verantwortlichen erfragten Daten unterliegen keiner gesetzlich vorgeschriebenen Bereitstellung. Die Zurückhaltung dieser hätte jedoch eine deutliche Erschwerung der Pflichterfüllung, welche sich aus dem zwischen dem Betroffenen und dem Verantwortlichen geschlossenen Vertrag zur Folge, so dass sich als gesetzliche Grundlage der Datenerhebung und -verarbeitung Art. 6 Abs. 1 b) ergibt.

Der Betroffene kann sich gemäß Art. 77 DSGVO bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren, wenn er der Ansicht ist, dass die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt.